
Wirtschaftspolitische Strategien und die Aussichten für die achtziger Jahre*

James Tobin

Als sich im Juni dieses Jahres die Staatschefs der sieben großen demokratischen Staaten mit dem größten wirtschaftlichen Gewicht in der nicht-kommunistischen Welt in Versailles trafen, gab es für sie in den Trinksprüchen beim Banquett wenig zu feiern. Und dennoch fügten sie sich – soweit dies ein Außenseiter beurteilen kann – erstaunlich selbstzufrieden in die wenig hoffnungsvolle Situation und Perspektive der Weltwirtschaft.

Die Arbeitslosigkeit in den 24 Mitgliedstaaten der OECD, den fortgeschrittenen Wirtschaftsnationen außerhalb des Sowjetblocks, nähert sich der Dreißig-Millionen-Grenze. Die Arbeitslosenraten, im Durchschnitt etwa neun Prozent bei steigender Tendenz, sind die ungünstigsten seit der Großen Depression der dreißiger Jahre. Beinahe zehn Jahre nach dem ersten OPEC-Schock bewegen sich diese Volkswirtschaften humpelnd vorwärts, mit viel niedrigeren Wachstumsraten und bei chronisch gedrückter Auslastung der Kapazitäten von Arbeit und Kapital als früher. Die gegenwärtige Rezession, die dritte in Nordamerika seit 1973, wird zu Ende gehen oder auch nicht. Wenn die Wirtschaftsindikatoren aufgehört haben zu sinken, so ist dies nur ein recht bescheidener Erfolg, der unseren Politikern wenig oder gar keine Veranlassung gibt, sich damit zu trösten. Konfrontiert mit der Perspektive einer anhaltenden Stagnation im laufenden und auch im nächsten Jahr hat der Wirtschaftsgipfel kein Programm hervorgebracht, das die Aussichten verbessert, weder international noch national.

Im Gegensatz dazu haben 1961 die OECD-Mitglieder sich darauf geeinigt, eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die ein Wachstum von

* Revidierter Text eines Vortrags auf Einladung des Dr.-Karl-Renner-Instituts in Wien am 15. Juni 1982. Die Übersetzung besorgte Bruno Roßmann.

mindestens 50 Prozent in der Dekade der sechziger Jahre hervorbringen würde, mehr als 4 Prozent pro Jahr. Im Endergebnis wurde dieses Ziel sogar noch übertroffen. 1961 stand die Weltwirtschaft ebenfalls unter dem Eindruck einer mehrjährigen Wachstumsabschwächung und befand sich am Tiefpunkt einer Rezession. Die Arbeitslosigkeit war niedriger als heute: in den USA z. B. war sie 7 Prozent statt 9½ Prozent. Meine Kollegen und ich, die wir damals unser Amt als Wirtschaftsberater von Präsident Kennedy antraten, betrachteten diese Arbeitslosigkeit als Desaster, das rasches Handeln erforderte. Es macht einen geradezu melancholisch, wenn heute eine Arbeitslosenrate von 7 Prozent in den USA – nicht hier in Österreich, wie ich glücklicherweise feststellen kann – als zufriedenstellend, ja sogar als zu ehrgeiziges Ziel betrachtet wird.

Die Verantwortlichkeit der USA für die Weltrezession

Gegenwärtig stellt das hohe Niveau der Zinssätze in den Vereinigten Staaten das größte Hindernis für einen wirtschaftlichen Aufschwung dar. Ich beziehe mich dabei besonders auf das, was Ökonomen als *reale* Zinssätze bezeichnen, den Überschuß über die laufenden und erwarteten Inflationsraten. Gerade die realen Zinsen – Soll- oder Habenzinsen gemessen an der Kaufkraft für Güter und Dienstleistungen – sind für Unternehmungen und Haushalte von Bedeutung. Ein Kredit zu 16 Prozent für den Kauf eines Hauses oder einer Maschine kann eine günstige Sache sein, wenn die jeweiligen Preise jährlich um 14 Prozent steigen. Das ergibt einen realen Zinssatz von 2 Prozent. Aber bei einer Preiserhöhung von nur 7 Prozent (realer Zinssatz 9 Prozent) ist es weit ungünstiger. Letzteres ist heute der Fall. So hohe reale Zinssätze haben wir seit der Großen Depression nicht erlebt, als im Jahre 1932 die Preise wirklich nach unten galoppierten.

Die hohen realen Zinssätze verursachten sowohl die gegenwärtige Rezession 1981/82 wie auch den Abschwung 1980, der ihr vorausging. Sie haben die zinsempfindlichen Sektoren der US-Wirtschaft zerstört, das sind Wohn- und sonstiger Bau, dauerhafte Konsumgüter, Betriebsanlagen und Ausrüstungen und sogar die Lagerbildung. Die hohen Zinssätze zogen auch Kapital aus anderen Währungen hin zu Dollarveranlagungen, was zu einer Aufwertung des Dollars gegenüber anderen Währungen führte; dies zum Nachteil der amerikanischen Exporte. Außergewöhnlich und entmutigend an der gegenwärtigen Situation ist die Tatsache, daß die Zinssätze zwar mit zunehmender Schwächung der Volkswirtschaft leicht gesunken sind, aber real trotz voller Rezession der Wirtschaft sehr hoch bleiben. Da eine Erholung vermutlich zu einem Anstieg der Zinssätze führt, fällt es einem schwer, einen starken und nachhaltigen Aufschwung in naher Zukunft zu sehen. Bei der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik – so habe ich schon einmal festgehalten – sind Zinssätze niedrig genug für einen Aufschwung nicht möglich, es sei denn, wir befinden uns in einer Rezession – ein „catch 22“. Jetzt scheint es, daß sie nicht einmal in einer Rezession machbar sind.

Warum sind die Zinssätze in den USA so hoch? Die Antwort ist einfach, wenn auch schwer annehmbar für viele meiner Landsleute. Sie sind hoch als absichtliches Ergebnis einer Politik, insbesondere einer gezielten Geldpolitik, nämlich wegen der Maßnahmen der amerikanischen Notenbank. Das „Fed“ stellt unseren Banken nicht genug Reserven bereit, mit deren Hilfe sie in der Lage wären, dasjenige Einlagen- und Kreditvolumen anzubieten, das für die Finanzierung eines normalen Wirtschaftswachstums notwendig wäre. Wenn die Banken mehr Reserven brauchen, bieten sie für kurzfristiges Geld höhere Zinssätze und verrechnen höhere Zinssätze für Kredite. Das ist die grundlegende Erklärung, aber viele Politiker, Journalisten und Financiers schieben anstatt dessen die Schuld auf das Bundesbudget und berufen sich auf die Krediterfordernisse der öffentlichen Hand, die so groß sind, daß sie private Nachfrager vom Markt verdrängen. Obwohl die wachsenden Budgetdefizite in den nächsten Jahren einer Korrektur bedürfen, sind das laufende und sogar das Defizit des Folgejahres nicht die Ursache, sondern die Symptome der hohen Zinssätze und der wirtschaftlichen Rezession, die automatisch die Steuereinnahmen reduzieren und die Arbeitslosenunterstützungen und andere Ausgaben erhöhen. Sie sind noch dazu relativ harmlose Symptome.

Die Auswirkungen der amerikanischen Zinssätze auf die übrige Welt

Vor einer europäischen Zuhörerschaft muß ich kaum die Probleme herausarbeiten, die die Geldpolitik der USA für den Rest der Welt geschaffen hat. Die Härte, die die hohen amerikanischen Zinssätze dem Dollar verleihen, ist ein Dilemma für die Hüter anderer Währungen, der europäischen und japanischen. Obgleich eine Abwertung eine willkommene Ankurbelung für deren Exporte ist, erhöhen sich auch ihre heimischen Preise für in Dollar fakturierte Güter, allem voran das Öl. Aus Angst vor den inflationären Folgen fühlten sich die meisten Länder gezwungen, die Abwertung ihrer Währungen zu begrenzen, indem sie ihre eigenen Zinssätze beträchtlich höher hielten, als es ihnen lieb war. Somit überträgt die amerikanische Geldpolitik, die die Zinssätze überall hochhält, die US-Rezession und Stagnation auf den Rest der Welt.

Obwohl die Regierungen der anderen Länder beim Versailler Treffen bekanntlich unzufrieden waren, tendierten sie wie viele amerikanische Beobachter dazu, eher der Fiskal- als der Geldpolitik die Schuld zuzuschieben. Sie hatten ohnehin nicht mehr Einfluß auf Präsident Reagan als die USA auf Deutschland und Japan im Jahre 1977. Wie Sie sich vielleicht erinnern, forcierte damals die USA eine Expansion und eine Erholung der Weltwirtschaft und Präsident Carter glaubte, daß die anderen Länder, die sich an den weltwirtschaftlichen Zug anhängten, ihrer Rolle als Konjunkturlokomotive nicht gerecht wurden. Jetzt ist gerade das Gegenteil der Fall.

Eines haben beide Vorfälle gemeinsam. Die neuen Wirtschaftsmächte, insbesondere Deutschland und Japan, haben nicht gelernt,

Verantwortung für die weltweite Prosperität entsprechend ihrem Gewicht am Welthandel und an den internationalen Finanzen zu übernehmen. Zu lange haben sie sich auf die USA als Motor und Stabilisator des weltwirtschaftlichen Fortschritts verlassen und sich an ein exportorientiertes Wachstum und an exportgetragene Aufschwünge nach Wirtschaftsflauten gewöhnt. Wenn, wie jetzt, die USA ihren Verpflichtungen nicht nachkommt, erweisen sich Europa und Japan sowohl für ihre eigenen Volkswirtschaften als auch für die Weltwirtschaft als unfähig, die destabilisierenden, kontraktiven Impulse aus Nordamerika auszugleichen. Klarerweise kann nicht jedes Land eine exportorientierte Prosperität genießen, weil die Exporte einer Volkswirtschaft die Importe einer anderen sind. Europa und Japan müssen lernen, selbst Nachfrage zu generieren. Sie müssen Nettobeiträge zur Weltnachfrage schaffen, wenn der Anlaß es erfordert, so wie sie es zu Zeiten gelernt haben, die Nachfrage einzuschränken, um inflationäre Einflüsse aus dem Ausland zu vermeiden. Zusammen mit den USA müssen sie lernen, ihre Geld- und Fiskalpolitik entsprechend ihrer gemeinsamen Interessen und jener der kleineren Volkswirtschaften der Welt zu konzertieren. Das wäre viel wichtiger. Dieser Aufgabe hätte in Versailles höhere Priorität und dringendere Aufmerksamkeit gebührt.

Die Inflation und die Lähmung der Wirtschaftspolitik

Die Inflationsangst ist natürlich die zugrundeliegende Ursache für die gegenwärtige Paralyse der Wirtschaftspolitik in fast allen wichtigeren Ländern. Aus den siebziger Jahren erbten wir höhere Inflationsraten, als uns lieb ist. Die Preise stiegen in den USA im Jahre 1979–80 infolge der Nachwirkungen des OPEC-Schocks mit zweistelligen Raten. Es war daher natürlich, der Inflationsbekämpfung eine hohe Priorität zu Beginn der achtziger Jahre einzuräumen und ebenso natürlich ist es, daß die Wirtschaftspolitiker – in Erinnerung unheilvoller Episoden des vergangenen Jahrzehnts – außerordentlich besorgt über neuerliche inflationäre Schübe sind. Es kommt nicht überraschend, denn schwere Rezessionen, Arbeitslose und Bankrotte sind wirkungsvolle antiinflationäre Waffen. Es sind die einzigen Waffen, die Notenbanken in ihren Arsenalen haben, und das ist der Grund, warum sich das „Federal Reserve Board“ auf seinen unbarmherzigen Kurs monetärer Restriktion – der Quelle hoher nomineller und realer Zinssätze – einließ. Bei den Preisen und Löhnen hatten sie Erfolg, kombiniert mit etwas Glück bei Öl, Nahrungsmitteln und anderen Gütern.

Aber wieviel Rezession brauchen wir zur Inflationsbekämpfung und für wie lange? Wie hoch ist der Preis, den unsere Volkswirtschaften, unsere Arbeiter, unsere ärmeren Staatsbürger und der Rest der Welt bezahlen müssen? Das Beispiel Großbritannien unter Frau Thatcher ist nicht gerade ermutigend. Nach einer fast dreijährigen Roßkur für die Volkswirtschaft hat die Arbeitslosigkeit 12 Prozent, die Rezession noch nicht die Talsohle erreicht und die Inflation dauert an. Werden die

Urheber dieser Politik und die Notenbanken, die entschlossen an der monetaristischen Politik festhalten, Expansion und Erholung immer als sicher erachten, egal wieviel sie an Inflationssenkung erreichen, egal wie hoch die Kosten an Arbeitslosigkeit und Stagnation sind? Oder müssen wir uns permanent mit niedrigen Wachstumsraten abfinden, bei einer Arbeitslosigkeit von 8, 9, 10 Prozent oder mehr als Sicherheits-spielraum für einen neuerlichen Inflationsschub?

Es wird heute oft angenommen, ja sogar als selbstverständliche Wahrheit dargestellt, daß eine Erhöhung der Wachstumsrate der Geldmenge *immer* inflationär ist – ungeachtet dessen, wie temporär, und ungeachtet dessen, wie weit die Rezession fortgeschritten ist. Ich halte das für einen Irrtum und ein Rezept, das zu nichts führt. Es ist deshalb ein Irrtum, weil die Ausweitung der Geldnachfrage in einer Wirtschaft mit hoher Arbeitslosigkeit und Überkapazitäten die Produktion stärker erhöht als die Preise, genauso wie die Restriktion der aggregierten Geldnachfrage die Produktion und die Beschäftigung verringert. Es ist ein erfolgloses Rezept, weil es den Weg für eine Erholung aus der Rezession verbaut – wie tief diese auch immer sein mag –, es sei denn, die Preise fallen stark. Es mag wahr sein, daß die Verbreitung monetaristischer Ideen die Wahrscheinlichkeit dafür erhöht hat, daß eine monetäre Expansion Anlaß für die Bildung inflationärer Erwartungen ist, insbesondere wenn ihr Ziel und ihre Reversibilität der Öffentlichkeit nicht ausreichend erklärt werden. Aber diese Erwartungen werden verschwinden, wenn sie falsch sind. An der Beschäftigung interessierte Arbeiter und Gewerkschaften sowie Unternehmer, die ihre Überkapazitäten durch Absatzsteigerungen abbauen wollen, werden tatsächlich ermutigt, ihre Preise und Löhne zu kürzen.

Auf jeden Fall gibt es Möglichkeiten, sich gegen die Beschleunigung der Inflation in Aufschwungs- und Wachstumsperioden abzusichern, sogar die Möglichkeit, die Fortdauer der Inflationsbekämpfung sicherzustellen. Dazu gehört die Einkommenspolitik, wie z. B. die Lohn-Preis-Richtlinien in den frühen sechziger Jahren in den USA, oder – noch besser – die Sozialpartnerschaft in Österreich, die die Lohn-Preis-Inflation wirkungsvoll bekämpft hat, ohne die Produktion und die Beschäftigung zu opfern. In den USA und in Großbritannien sind leider dieselben Wirtschaftspolitiker, die ihren Volkswirtschaften nach den OPEC-Ölpreisschocks der siebziger Jahre mehrmals hart zusetzten, auch die härtesten ideologischen Gegner jeder Art von Einkommenspolitik. Genauer gesagt, die einzige Einkommenspolitik, für die sie eintreten und die sie ausführen, liegt in ihrer impliziten Drohung, daß niemand Arbeitsplatz- und Einkommenssicherheit hat, wenn wir nicht alle zusammen die Inflation bekämpfen. Von der Wirksamkeit her entspricht das einem Volksschullehrer, der seinen 40 Schülern sagt, daß es für die ganze Gruppe kein Frühlingspicknick gibt, wenn auch nur einer von ihnen jemals im Unterricht Kaugummi kaut.

Konservative Ideologie und Tendenzen in der Wirtschaftspolitik

Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik in den USA und Großbritannien ist mehr als nur eine vorübergehende Strategie, um sich von den Erbschaften der Inflation zu befreien. Dieselbe Ideologie, mit der Einkommenspolitik jeder Art abgelehnt wird, hat eine allgemeinere und ernsthaftere Tragweite. Die Ideologie belebt die unreifen und vereinfachten Doktrinen über den freien Markt wieder und stellt eine stürmische Revolte gegen den Einsatz staatlicher Instrumente zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der ökonomischen Bedingungen der Gesellschaft dar.

Erlauben Sie mir, einige Hintergründe dieser Konterrevolution darzustellen. Marxistische und rechtsgerichtete Analytiker des Kapitalismus und der Demokratie sind sich in den meisten Punkten uneinig. Bemerkenswerte Einmütigkeit zwischen beiden herrscht jedoch in der Auffassung, daß der Kapitalismus nicht funktionieren kann, wenn die politischen Zusammenhänge der Demokratie ihm mehr Humanität abverlangen. Sie sind sich einig darüber, daß ein erfolgreicher Kapitalismus große Ungleichgewichte in Einkommen, Vermögen, Chancen und Macht, beträchtliche wirtschaftliche Unsicherheit für die Menschen und periodische „Reinigungen“ in Form von Rezession oder Depression erfordert. Ansonsten kann der Kapitalismus seine Rolle als bedeutender Motor für materiellen Fortschritt, den er während des Großteils der letzten zwei Jahrhunderte innehatte, nicht fortführen.

Die Entwicklung unserer Volkswirtschaften seit dem Zweiten Weltkrieg strafte diese düsteren Diagnosen Lüge. Die keynesianische Theorie – in Form der Nachkriegssynthese mit der neoklassischen Ökonomie – zeigte, wie Vollbeschäftigung und stabiles Wachstum annäherungsweise erreicht und mit Maßnahmen zur Milderung der Ungleichheit, Armut und Unsicherheit kombiniert werden konnten. Alle demokratischen Gesellschaften machten sich eine Politik in dieser Richtung zu eigen. Und sie funktionierte. Keine andere vergleichbare Periode in den letzten hundertfünfzig Jahren weist einen so rapiden Fortschritt des Lebensstandards oder so bescheidene zyklische Fluktuationen um den steigenden Trend auf.

Jetzt jedoch nützt eine rechtsgerichtete Konterrevolution die Enttäuschung gewohnter Erwartungen in den siebziger Jahren aus. Ihre politischen und intellektuellen Sprecher sagen der Öffentlichkeit, und überzeugen damit erfolgreich Wählermehrheiten in den USA und Großbritannien, daß nicht die OPEC – deren Lieferunterbrechungen und Anhebungen der Energiepreise die wahrscheinlich größten ökonomischen Schocks in Friedenszeiten der modernen Geschichte auslösten – schuld an der Stagnation sei, sondern ihre eigenen Regierungen, insbesondere die makroökonomische Stabilisierungspolitik, die Wohlfahrt und die seit 1946 verfolgte Politik der sozialen Sicherheit. Meiner Meinung nach ist das ein erschreckend falsches Verständnis der Geschichte.

Die Inflationsbekämpfung ist nicht das grundlegende Ziel der rechts-

gerichteten Konterrevolution. Ihre Parteigänger haben viel weitreichendere und beständigere Zielsetzungen. Diese beinhalten die Verkleinerung von Ausmaß und Reichweite des Staatssektors, laissez faire, insbesondere eine Lockerung der Regulierungen des Umweltschutzes oder der Gesundheit und Sicherheit von Arbeitern und Konsumenten sowie die wirksame Eliminierung der Progressivität des Steuer- und Transfersystems. Hinsichtlich der makroökonomischen Politik wollen die Konterrevolutionäre, daß die Regierungen ihre Verantwortung für Produktion, Konsumtion, Beschäftigung und Wachstum wieder aufgeben, die sie nach der großen Depression übernommen haben. Sie möchten den Strategien antizyklischer Stabilisierung, die die Amplitude von Konjunkturschwankungen der Nachkriegszeit eingeengt haben, ein Ende setzen. Sie wollen einfach eine Politik festschreiben, im doktrinären Glauben, daß unkontrollierte Marktkräfte stabile Ergebnisse zustande bringen – ein Glaube ohne jede empirische oder historische Stütze.

Bisher sind die Ergebnisse verheerend. In den Vereinigten Staaten machte der Kongreß vergangenes Jahr im Namen der „Supply-side“-Ökonomie immense Zugeständnisse bei der Besteuerung von Kapitaleinkünften von Unternehmungen und Individuen. Diese Zugeständnisse wurden als Mittel zur Erhöhung der Investitionen und der privaten Spartätigkeit ausgegeben. Dennoch haben wir geringere Investitionen und Ersparnisse als in den späten siebziger Jahren und wenig Aussicht auf Verbesserung in den nächsten zwei oder drei Jahren. Inzwischen verschlechtern sich die öffentlichen Einrichtungen, weil die Länder- und Gemeindeverwaltungen Bundeszuschüsse verlieren, weil sie sehen, daß ihre Steuereinnahmen durch die Rezession gesunken sind und weil sie es sich bei den gegenwärtigen Zinssätzen nicht leisten können, Geld auszuborgen. Die Bildung von Humankapital leidet, weil nachfolgende Generationen junger Leute keine Beschäftigung finden, bei der sie Erfahrung, fachliche Qualifikation und praktische Fertigkeiten erlernen können. In der internationalen Arena sehen wir auch, wie kontraproduktiv und wie widersprüchlich die gegenwärtige Politik gemessen an Zielsetzungen der freien Marktwirtschaft ist, weil der Druck nach Schutz vor ausländischer Konkurrenz in allen Ländern verstärkt wird.

Die Wirtschaft der USA und indirekt alle Volkswirtschaften sind die Geiseln eines entschlossenen Programms zur Verringerung des Staatssektors und der Wohlfahrtstransfers an die Armen, Benachteiligten und Minderheiten. Die US-Administration erhöht die Verteidigungsausgaben sehr rasch. Gleichzeitig hat sie die Steuern der Reichen gesenkt. Der Präsident war – nicht ohne Erfolg – bestrebt, das Fiskalproblem, das sein Rüstungs- und Steuerprogramm geschaffen hat, als eines darzustellen, das nur durch weitere Beschneidungen jener Sozialprogramme und Ausgaben gelöst werden kann, die den weniger begünstigten Mitgliedern der Gesellschaft helfen.

An sich günstiges Klima für wirtschaftlichen Fortschritt

Die Tragödie an diesen Entwicklungen besteht darin, daß die Perspektiven für die achtziger Jahre gut waren. Es war und ist unwahrscheinlich, daß die kostspieligen destabilisierenden Schocks, die unsere Volkswirtschaften in den siebziger Jahren in das stagflationäre Tief warfen, sich wiederholen werden. Bei der Anpassung an die Knappheit und den hohen Preis von Energie haben wir große Fortschritte erzielt. Wir verbrauchen jetzt in den USA um zehn Prozent weniger Energie pro inländischer Produktionseinheit als vor zehn Jahren und wir werden wahrscheinlich nie wieder so viel Öl importieren wie im Jahre 1977. Energiesparen und -substitution stellen eine bessere Möglichkeit im Umgang mit unseren Energieressourcen dar als die Rezessionen im Anschluß an die Angebotsbeschränkungen der OPEC in den Jahren 1973/74 und 1979. Sofern Anpassungen an die reale Energiesituation erfolgen, haben unsere Volkswirtschaften gute Aussichten auf die Wiedererlangung stabilen Wirtschaftswachstums, vielleicht mit nicht so hohen Raten wie in den fünfziger und sechziger Jahren, aber auch nicht mit den niedrigen Raten, die die meisten Länder seit 1973 erlebt haben. Das Haupthindernis besteht – wie ich oben angemerkt habe – im Versagen der weltwirtschaftlich wichtigen Länder, sozial kooperative Wege der Inflationsbekämpfung sowohl national als auch international zu finden, anstatt nur auf die schädigende und auf konfliktorische restriktive Geldpolitik zu vertrauen.

Ich möchte nicht mißverstanden werden: Ich behaupte sicherlich nicht, daß früher alles in Ordnung war. Einige Aspekte des Wohlfahrtsstaates waren übertrieben, viele erwiesen sich als wirkungslos. Viele von den Ausgaben her unbegrenzte Sozialversicherungsprogramme bedurften einer Reform. Wohlerworbene Rechte im Unternehmens-, Arbeits- und im landwirtschaftlichen Bereich erfreuten sich viel zu kostspieliger Subventionen und Schutzbestimmungen. Sowohl die Gewerkschaften und das Management tragen die Verantwortung für die Fortdauer der Inflation, für abnehmbares Produktivitätswachstum, für die Erosion der Konkurrenzfähigkeit wichtiger Industrien und für die Aufrechterhaltung von Privilegien gegen die Interessen der Jungen und Arbeitslosen. Aber Probleme dieser Art erfordern pragmatische Lösungsansätze, nicht eine massive Konterrevolution.

Die Amerikaner haben, so glaube ich, die historischen Reformen von Franklin D. Roosevelts „New Deal“, von Lyndon Johnsons „Great Society“ oder die Gedanken sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit, die sie inspiriert haben, nicht verworfen. Dazu sind sie zu pragmatisch und ehrlich gesinnt. Sie haben eine undifferenzierte ideologische Ablehnung des Staates als Träger sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts nicht wirklich gutgeheißen. Sie wollen immer noch Straßen, Parks, Schulen und saubere Luft. Sie sind immer noch für Maßnahmen zur Einschränkung von Armut und Ungleichheit.

Wenn sie anders abgestimmt haben und regressive Kürzungen bei den Budgetausgaben und Steuern unterstützten, dann deshalb, weil sie

überzeugt waren, daß dieser Umschwung notwendig und ausreichend zur Lösung der sie beunruhigenden makroökonomischen Probleme – Inflation, Arbeitslosigkeit, niedrigere Reallöhne und hohe Zinssätze – war. Nun entdecken sie, daß diese Politik zur Lösung jener Probleme nicht ausreichend und sehr wahrscheinlich auch nicht notwendig war. Diese Enttäuschung wird früher oder später die Oberhand gewinnen – ich nehme an, sowohl in Großbritannien als auch in den USA. Die Völker moderner Demokratien werden eine nichtstuerische Haltung der Regierung im Hinblick auf Arbeitslosigkeit, Wirtschaftsaufschwung und Wachstum nicht länger tolerieren. Wenn ihre Geduld am Ende ist, werden die vielversprechenden Perspektiven der achtziger Jahre schließlich erkannt werden. Kurzfristig gesehen mag ich ein Pessimist sein, aber sowohl mein Temperament als auch meine Analyse veranlassen mich, langfristig gesehen, optimistisch zu sein.